

Wer kennt Käse aus Westfalen?

SIEGEN Designerter Umweltminister Johannes Remmel skizzierte künftige Landespolitik

Angestrebte Ziele: KiBiZ dringend überarbeiten, Windkraft ausbauen, Flächenverbrauch reduzieren, bäuerliche Landwirtschaft stützen.

mir/dima ■ Die politischen Spatzen pfeifen es längst vom Dach, der Siegerner Grünen-Abgeordnete Johannes Remmel soll neuer NRW-Umweltminister werden. Der erste Siegerländer mit Ministerrang in Düsseldorf. Gestern stand Remmel der SZ Rede und Antwort. Sein grundsätzlicher Eindruck: „Es gab wenig Differenzen in den Koalitionsgesprächen, die Anker für eine gemeinsame Politik sind da.“

Wie aber wollen SPD und Grüne ihre Ziele ohne eine eigene Mehrheit durchbringen? „Wir wollen und müssen jedes mal werben, auch mit einer Portion Demut verbunden“, kündigte Remmel an. So habe man Übereinstimmungen etwa mit der FDP beim KiBiZ. Und konkret: Schon in der nächsten Plenarsitzung soll das Kindergartengesetz „in die Montagehalle“ befördert werden. Korrekturbedarf sieht die künftige NRW-Regierung bei der Größe der Gruppen und deren Personalbestückung. Auch in die Qualität der Erzieherinnen will man gezielt investieren. Remmel: „Grundsätzlich steht das Ziel, Bildung soll kostenfrei werden.“ Dazu kommt der Anspruch, das letzte Kiga-Jahr beitragsfrei zu stellen.

Gemäß dem Grundsatz „Bildung ist unsere Zukunft“ wollen SPD und Grüne handeln. Es dürfe nicht alles der Bankenrettung unterworfen werden. Remmel: „Da werden wir beim Bund intervenieren müssen.“ Zumal NRW weitere finanzielle Risiken zu schultern habe. Die Aufwendungen für die WestLB seien im jetzigen Etat nicht hinreichend kalkuliert, die Kommunalfinanzen lägen brach, der Fonds Deutsche Einheit sei ein weiteres Thema für eine Bilanz Ende 2009. Remmel: „Die Risiken sind von der alten Regierung nicht abgedeckt worden.“

Ein typisches Thema für das Umweltministerium: die Windkraft. Bis 2020 soll deren Anteil von jetzt drei auf mindestens 15 Prozent steigen. Eine Maßnahme: Mittels Repowering könnten bestehende Anlagen auf doppelte Energiegewinnung gebracht werden. Zweite Maßnahme: Windkraftanlagen in kyrillgeschädigten Wäldern zulassen. Remmel: „Eine Forderung, die von Waldbauern intensiv unterstützt wird.“

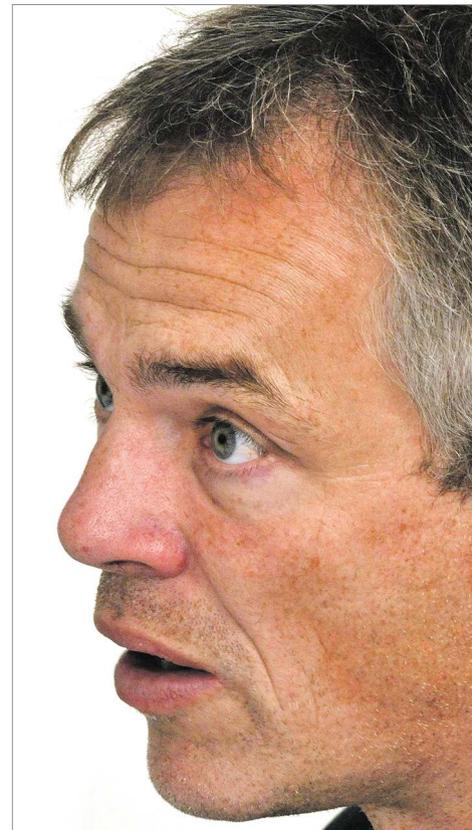
Dritte Maßnahme: Windräder entlang von Autobahnen und Schienentrassen verstärkt ausbauen. Remmel könnte sich vorstellen, dass auf die Weise in zehn Jahren keine Umlage mehr nötig sei. Grundsätzlich ist daran gedacht, den Windkrafteffizienz zu verändern und höhere Windräder zuzulassen.

Den Verbrauch von Naturflächen will die neue NRW-Regierung auf fünf Hektar pro Tag reduzieren. Aktueller Wert: 15 Hektar/Tag. Langfristig sei eine Trendwende in dem Bereich nur durch eine entsprechende Integration in die Regionalplanung erreichbar. Der Flächenverbrauch solle aber auch durch die viel intensivere Nutzung von Altlastenflächen und Brachen reduziert werden. Mit einem kommunalen Finanzausgleich soll Kommunen ein Anreiz zu einem pfleglicheren Umgang mit unversiegelten Flächen gegeben werden.

Ein weiterer Akzent bei der Flächenpolitik: den Blick nicht auf einzelne Kommunen richten, sondern ganze Regionen betrachten. Auf die Weise reduziere sich das Flächendefizit. Freiflächen müssten einen eigenen Wert erhalten, das fehle zurzeit in entsprechenden Abwägungsprozessen.

Ein Lob: NRW-weit nehme der Kreis Siegen-Wittgenstein gemeinsam mit Teilen des Kreises Steinfurt den ersten Platz in Sachen Artenvielfalt ein. Im übrigen Teil des Landes konzentriere sich die Tier- und Pflanzenwelt auf ausgewiesene Schutzgebiete. Auf der freien Fläche sehe es dagegen düster aus. Bäuerliche Landwirtschaftsbetriebe, wie sie im Kreis Siegen-Wittgenstein typisch seien, sollen von der Landesregierung zukünftig verstärkt unterstützt werden. Das Sterben der Höfe müsse abgebremst werden, so Remmel: „Ein Zurück zur Milchquote wird es nie mehr geben. Was wir brauchen, ist eine Steuerung der Milchmenge.“ Und die soll in der Hand der Landwirte und nicht in der Hand großer Milchkonzerne liegen. Nach kanadischem Vorbild könnten sich die Landwirte organisieren und über die Milchmenge den Preis bestimmen.

Als weitere Strategie, mit der die kleinen Landwirtschaftsbetriebe unterstützt werden sollen, nennt Remmel die Entwicklung regionaler Marken, um Produkte überregional verkaufen zu können. „Wer kennt schon einen Käse aus Nordrhein-Westfalen?“ Auch dafür müssten die Bauern zusammenarbeiten. Gleichzeitig soll dieser Prozess mit EU-Mitteln gefördert werden. Ein Rolle bei der Förderung soll auch das „Festmistprogramm“ spielen, um



Gab der SZ gestern Antworten zur Umwelt- und Energiepolitik: Johannes Remmel. Foto: dima

die Düngung mit klimaschädigender Gülle einzuschränken.

Einen weiteren Verkauf von Staatswald zur Sanierung der Kassen lehnt Remmel ab. Dazu soll der komplette Staatswald in eine Stiftung überführt werden. „Wir wollen mehr Wald“, sagte Johannes Remmel. Die notwendige Biomasse zur Energiegewinnung solle jedoch nicht in Kurzumtriebswäldern produziert werden, sondern in den regional typischen Niederwäldern. Das Modell der Waldgenossenschaften könne dabei das große Vorbild für das gesamte Land werden.

Zwei Themen abseits des Sektors Umwelt: Studiengebühren und Schulen. Die Unis bestritten fünf bis zehn Prozent ihrer Ausgaben mit den Studiengebühren. Die Abschaffung sei im Koalitionsvertrag vereinbart. Finanzieller Ersatz müsse andersorts geschaffen werden. Thema Schulen: Ein Drittel Gemeinschaftsschulen wollen die Koalitionäre bis 2012 auf den Weg bringen. Kooperationen sind ausdrücklich erwünscht. Die Gesamtschule sei in der Frage nicht der Prototyp.

So sei beispielsweise in Hilchenbach denkbar, dass die dortige Hauptschule und die benachbarte Realschule eine solche Gemeinschaftsschule bilden könnten.